

doch nicht minder sollte der bis dato Arme durch Arbeit, Sparsamkeit und fleißige Bescheidenheit ein Stückchen Eigentum zu erwerben trachten: Private Kategorien geben den Ton an; die auch von katholischen Arbeitern und ihren Vereinen allmählich erkannte Neuartigkeit der industriellen Epoche blieb bis in die päpstlichen Enzykliken hinein unverstanden.

In seinen bisweilen arg peniblen Darstellungen läßt der Verfasser eine unglückliche Allianz nahezu verschwinden, obwohl sein Material dies gerade, etwas überraschend, stützt: Es waren just die aufgeklärten Theologen, welche an der Heiligkeit des Privateigentums erbittert hingen, und sie verbündeten sich nolens volens gegen Sozialismus und Kommunismus mit jenen theologischen Regressionen, die in patriarchalischer Familie, ständestaatlicher Gesellschaft und feudalistisch gebliebenen Vorstellungen ebenfalls eine Institution gegen die »entpersönlichenden« und totalitären sozialistischen Alternativen darstellen sollten.

Freilich bedarf es hier einer Differenzierung: In der Tat war Eigentum ein Mittel in der Hand der Bürger, feudalistische Sozialordnungen umzuwälzen und sich in der neuen Gesellschaft die nötige Freiheit zu sichern; diese emanzipatorische Funktion des Privateigentums bleibt gültig, wenngleich sie bald in neue Herrschaft umschlug — ein Aspekt, der in der gesamten Moraltheologie unbeachtet blieb. Das äußert sich, wie Beutter zu Recht bemerkt, u. a. auch in einer rein individualistischen Sicht des Lohns und Arbeitswerts. Die Akkumulation von Geld- und Sachwerten in der Hand der Kapitaleigner durch den Produktionsprozeß wird ebenso für natürlich gehalten wie die Abfindung des Arbeitenden mit Lohn.

Der Verfasser dieser Schrift, Theologieprofessor in Luzern, empfiehlt gegen liberale Ökonomie und Sozialismus ein Drittes, spezifisch Christliches: Die von der christlichen Tradition geforderte »Bestimmung der Güter für alle Menschen ist grundsätzlich frei von Klassenhaß und gewaltsamem Umsturz. Sie wahrt die unbedingte Achtung vor der Personalität des Menschen. Aber sie sieht den einzelnen Menschen in die Gesellschaft gestellt [...] Die Bestimmung der Güter für alle kann es auf keiner Stufe wirtschaftlicher Entwicklung zulassen, daß sich bestimmte Gruppen zu Lasten und auf Kosten anderer bereichern. In der Bestimmung der Güter der Erde für alle Menschen ist mit dem Blick auf die Eigentumsbegründung und weiterführend in die Eigentumsverteilung eine viel umfassendere und tiefer angelegte Sicht aufgerissen, als sie in den Ausprägungen des politischen Sozialismus dargeboten wird«. (S. 149).

Um wieviel »tiefer« diese Sicht ist, zeigt sich womöglich darin, daß Beutter sich mit den Theologen des 19. Jahrhunderts darin einig weiß, »geistiges Eigentum« als Gut für alle zu qualifizieren: Literaten und Philosophen sind gegen solche »Tiefe« wohl wehrlos.

Werner Post

Adolf M. Birke, Bischof Ketteler und der deutsche Liberalismus. — Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Reichsgründerzeit (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B: Forschungen, Bd. 9), Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1971, XVIII, 135 S., kart., 28 DM.

Der Versuch von Adolf M. Birke, Ketteler als liberalen Katholiken darzustellen, scheint mir mißlungen zu sein. Den Beweis dafür bringt der Autor selbst, indem er Ketteler in erster Linie als Kämpfer gegen den Liberalismus darstellt. Der Untertitel seiner Darstellung über den Bischof Ketteler ist daher verwirrend, da der dogmatische Katholizismus gerade in der Reichsgründerzeit eine Hauptrolle gespielt hat. An dieser Tatsache

ändert sich auch nichts, wenn man in Rechnung stellt, daß die Politik der Nationalliberalen für die Katholiken in gewisser Weise eine Herausforderung war.

Die Darstellung Kettelers als sozialen Bischofs und als eines Mannes, dessen politische Gedanken zuletzt eben rein kirchlich bestimmt waren, ist doch treffender. Allerdings ist die vorliegende Untersuchung über das Verhältnis von Ketteler zum Liberalismus für die Darstellung des politischen Katholizismus aufschlußreich.

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 wandte sich der Katholizismus gegen den Liberalismus, weil er befürchtete, im politischen Bereich und im Erziehungswesen entscheidend an Einfluß zu verlieren. Die kleindeutsche Lösung mit Preußen an der Spitze wurde abgelehnt, weil damit das katholische Österreich ausgeschlossen blieb und der Protestantismus und Liberalismus in Deutschland den politischen Einfluß der katholischen Kirche einschränkte. So betrachtete Ketteler den Deutschen Nationalverein, der seit 1859 für die kleindeutsche Lösung eintrat, als einen antikatholischen Verein, »der vom Standpunkt des rationalistischen Protestantismus die rechtliche Stellung der katholischen Kirche in Deutschland anfeindet« und der die Katholiken in ihrem Glauben und in ihren Rechten »beschimpft und beeinträchtigt«. Es ist zu bedauern, daß der Autor diesen schweren Vorwurf gegen den Nationalverein nicht kritisch untersucht. Er wäre dann bestimmt nach der Lektüre der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur über den Nationalverein zum Ergebnis gekommen, daß auf keinen Fall dem Nationalverein ein »Haß gegen Österreich« und ein »Haß gegen die Kirche« nachzuweisen ist. Beim Studium der Akten des deutschen Nationalvereins, die in Potsdam einzusehen sind, habe ich keinen Hinweis gefunden, der diese Auffassung von Ketteler glaubwürdig erscheinen lassen könnte.

Im Gegensatz zu den Liberalen vertrat Ketteler die Auffassung, daß die »freieste Selbstverwaltung« nur in einem »christlichen Staate« möglich sei. Wie dogmatisch und absolutistisch Ketteler dachte, wird deutlich, wenn er die Meinung vertrat, die Idee vom christlichen Staat werde dort ihre Vollendung finden, wo nur eine Konfession bestehe, weil nur dann dieselben Grundsätze über Kirche und Staat überall ernstlich zur Anwendung kämen. In Kettelers Stellungnahme zur Enzyklika »Quanta Cura« (Syllabus) von 1864 verherrlichte er das Ideal des katholischen Staates, indem er von dem »wohlbegründeten Recht« der katholischen Kirche Spaniens sprach, als Staatsreligion anerkannt zu werden. Es war daher auch für die Zeitgenossen nicht zu verstehen, wenn Ketteler bei anderer Gelegenheit von der Religionsfreiheit sprach, die gegen den Liberalismus verteidigt werden müsse.

Die Bewertung Kettelers als Antiabsolutist, wie sie Birke vornimmt, ist auf diesem Hintergrund unverständlich. Kettelers Sorge um den wachsenden Einfluß des Staates auf die Kirche führte zu der Behauptung, die politischen Kräfte, die der Kirche die Einflußmöglichkeiten beschränken wollten, wie z. B. die Nationalliberalen, seien Absolutisten. Der Bischof aus Mainz bekämpfte somit den Liberalismus, weil für ihn Absolutismus und Liberalismus nach 1848 als identisch angesehen werden konnten. Wie sehr Ketteler aber absolutistisch dachte, wird von Birke nicht reflektiert. Er hätte z. B. aus Kettelers Forderung nach einer öffentlichen, eng an die Kirche gebundenen Konfessionsschule als Regelschule die Schlußfolgerung ziehen können, daß solches Verlangen immer nur in absolutistisch regierten Staaten realisiert wird. 1853 unterstützte Ketteler auch die Forderung, daß die Lehrer zu ihrer Anstellung durch den Staat zusätzlich einer bischöflichen Missio bedürften und der Bischof das Recht bekommen müsse, auf die Entfernung »entarteter Lehrer« zu drängen und die Schulbücher genehmigen zu dürfen. Es sei seine Pflicht, das katholische Volk vor schlechten Lehrern zu schützen und zu warnen. Ketteler wollte solche Lehrer »mittels Verhängung von Zensuren und kirchlichen Strafen kennbar und möglichst unschädlich« machen.

Die dogmatische Haltung Kettelers wurde deutlich in seiner Verteidigung der Jesuiten, deren theologische Ansichten er allerdings nicht voll teilte. Da die Kritik an den Jesuiten sich aber zugleich auf den dogmatischen Kern des katholischen Glaubens bezog, stellte er sich in der Öffentlichkeit schützend vor den Jesuitenorden.

Die Auseinandersetzung Kettelers mit dem Liberalismus hinsichtlich der sozialen Frage dürfte für uns heute noch das größte Interesse beanspruchen. Ketteler kritisierte den Wirtschaftsliberalismus, weil er die Arbeiter durch »falschen Gebrauch des Eigentums« und durch das Prinzip der freien Konkurrenz benachteilige. Es ist bemerkenswert, daß er Lassallesche Ideen wie z. B. das eiserne Lohngesetz und die Produktivassoziationen gegen den Liberalismus ins Feld führte. Im Gegensatz zu Lassalle wollte er aber die Produktivassoziationen nicht durch Staatshilfe, sondern durch eine private Kapitalhilfe auf der Basis der »christlichen Selbsthilfe« unterstützen. In diesen Produktivassoziationen sollte der Arbeiter ganz oder teilweise Eigentümer des Geschäfts sein, dessen Gewinn unter die Arbeiter aufgeteilt werden sollte. Wenn auch bei Ketteler Ansätze für die Forderung einer staatlichen Sozialpolitik vorhanden sind, so muß man aber doch auch hier kritisch einwenden, daß Ketteler die Lösung der sozialen Frage in erster Linie im Rahmen von karitativen Maßnahmen sah.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß Kettelers Kampf gegen den Liberalismus mit dazu beigetragen hat, daß später der Kulturkampf mit großer Härte ausgetragen wurde. Seine dogmatische Haltung trug nicht zu einem versöhnlichen Klima bei, das für eine fruchtbare Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Liberalismus notwendig gewesen wäre.

Gerhard Eisfeld

Arthur Weinmann, Die Reform der württembergischen Innenpolitik in den Jahren der Reichsgründung 1866—1870. Die Innenpolitik als Instrument der Selbstbehauptung des Landes (= Göppinger Akademische Beiträge, Nr. 17), Verlag Alfred Kümmerle, Göppingen 1971, XX, 161 S., brosch., 19 DM.

Eines der Zwischenergebnisse der Modernisierungs- und Rückständigkeitsdiskussion ist die Relativierung des »Primats der Innenpolitik« als methodischer Maxime — wobei freilich nicht zu übersehen ist, daß ihr Innovationswert in der BRD-Historiographie noch keineswegs ausgeschöpft ist. Die Tübinger Dissertation Weinmanns zu »liberalen« Reformen bzw. Reformversuchen in Württemberg nach 1866 (bzw. 1862: Gewerbegesetz und 1864: Lockerung der Pressezensur) und ihren diplomatischen und pressepolitischen flankierenden Maßnahmen ist allerdings, entgegen der Formulierung des Untertitels, kein Beitrag zu dieser Diskussion.

Die Problematik, die hier nicht thematisiert ist, die aber erst die hier ausgebreiteten antiquarischen Beiläufigkeiten wissenschaftlich macht, könnte mit einigen Stichworten umrissen werden: Einerseits exogene Anreize und Bedingungen (auf die etwa R. Bendix aufmerksam gemacht hat), zu denen die Verlagerung der Finanzzentralen von Frankfurt nach Berlin, verstärkte auswärtige Absatzkonkurrenz, rasch zunehmendes Gewicht Preußens im »internationalen System« zu zählen sind, und andererseits endogene Evolutions- bzw. Devolutionsdispositionen bzw. -trends (zu dem Konzept S. N. Eisenstadt): Wachstumsschub in der Leicht- und Textilindustrie (dies wird von Weinmann erwähnt) bei einer anhaltend konservierten Familien- und z. T. Sozialstruktur, also klein- und ackerbürgerlichen Großfamilien — wobei nicht zuletzt sozialkulturelle Momente für die beträchtlichen demokratisch-volksparteilichen, d. h. oppositionellen politischen Präferenzen namhaft zu machen wären. Die dementsprechend relativ schmale Basis des württembergischen (Beamten-)Liberalismus, etwa im Vergleich zu Baden, konturierte das den